Omri Boehm, Shimon Stein, Moshe Zimmermann im »Blätter«-Gespräch, moderiert von Micha Brumlik: Israel – welche Utopie?, S. 51-63

Es kommt Bewegung in die Lage im Nahen Osten, nicht zuletzt dank des neuen US-Präsidenten Joe Biden. Er unterstrich unmittelbar nach seinem Amtsantritt, an der Zweistaatenlösung festhalten zu wollen. Diese Ankündigung nehmen der Botschafter a.D. Shimon Stein, der Historiker Moshe Zimmermann und „Blätter“-Mitherausgeber Micha Brumlik zum Anlass, um gemeinsam mit dem Philosophen Omri Boehm über die aktuelle Lage in Israel vor der Wahl, die Widersprüche einer „jüdischen Demokratie“ und mögliche Alternativen zur Zweistaatenlösung zu diskutieren.

Charlotte Knobloch: »Ich stehe vor Ihnen als stolze Deutsche – obwohl alles dagegensprach«, S. 65-70

Aus Anlass der 76. Wiederkehr der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 hielt Charlotte Knobloch, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, eine bewegende Rede im Deutschen Bundestag. Sie schildert darin ihr Verfolgungsschicksal und bekennt sich zu ihrem Stolz auf diese Republik wie zu ihrer Bereitschaft, die Demokratie gegen die neuen Rechten, auch der AfD, zu verteidigen.

Joachim Wagner: Lauter verheerende »Einzelfälle«. Die blinden Flecken der Justiz im Umgang mit AfD-Richtern und -Staatsanwälten, S. 71-78

Diverse Richter und Staatsanwälte sitzen für die AfD im Bundestag oder in Landesparlamenten. Und trotz deren teils eindeutig rechtsradikaler Gesinnung erweist sich die Justiz als zahnlos. Der Jurist und Journalist Joachim Wagner bilanziert das Versagen – von langem Dulden oder Wegschauen über defizitäre Dienstaufsicht bis hin zu viel zu schwachen Sanktionen.

Susanne Kaiser: Gekränkt und militant: Der Angriff der Maskulinisten, S. 79-88

Männliche Dominanz ist in dieser Gesellschaft allgegenwärtig. Zugleich etabliert sich – auch medial verstärkt durch das Coronakrisenmanagement – eine neue Form weiblicher Autorität. Susanne Kaiser analysiert die Diskurse frauenfeindlicher Männergruppen, die dagegen zum gewaltsamen Kampf aufrufen – ihr Einfluss reicht bis zum Attentäter von Halle.

Albrecht von Lucke: Rechte APO mit medialer Macht. Die neueste Ideologiestruktur aus dem Hause »Springer«, S. 89-98

Infolge der Corona-Pandemie befindet sich die Politik in der schwersten Autoritätskrise in der Geschichte der Republik. Zugleich ist dies die beste Gelegenheit für ökonomisch starke Akteure, ihre politischen Ziele und Interessen durchzusetzen. „Blätter“-Redakteur Albrecht von Lucke analysiert, wie der Springer-Konzern gleich dreifach ideologisch mobil gegen die Regierung macht – mit „Bild“, „Welt“ und dem neuen Sender „Bild live“.

Guido Speckmann: Die Chimäre der Klimaneutralität. Über die entlastende Wirkung eines neuen Mantras, S. 99-106

Eigentlich sollte Klimaneutralität ein unverhandelbares Ziel sein, um dem Klimawandel beizukommen. Doch tatsächlich ist Klimaneutralität nicht nur ein wirkungsloses Instrument, so der Journalist Guido Speckmann, sondern folgt der gleichen Logik, die den fossilen Kapitalismus antreibt: als ein leeres politisches Versprechen, das auf unaufhörlichem Wachstum und einer postkolonialen Weltordnung basiert.

Michael Müller: Das Anthropozän oder: Wie wir die Erde verkonsumieren. Das Erbe des Jahrhundertwissenschaftlers Paul J. Crutzen, S. 107-112

Jahrhundertlang ging „die Schöpfung“ als Natur dem Menschen voraus. Doch heute leben wir in einem Zeitalter, in dem der Mensch selbst die Veränderung des Planeten vorantreibt. Der Umweltpolitiker und Ex-Staatssekretär Michael Müller würdigt die richtungsweisende Erkenntnis des Anthropozän-Forschers Paul J. Crutzen: Es bedarf der grundsätzlichen Kritik und Veränderung an den herrschenden Mensch-Natur-Verhältnissen.

Wolfgang Ehmke: »Not in my Backyard«: Wohin mit dem Atommüll?, S. 113-120

Das ursprünglich geplante Atommüllendlager in Gorleben ist Geschichte, doch irgendwo muss der Strahlenmüll möglichst sicher verstaut werden. Darüber soll nun, wie Wolfgang Ehmke, Vorsitzender der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, darlegt, nach wissenschaftlichen Kriterien entschieden werden – unter möglichst breiter zivilgesellschaftlicher Beteiligung. Um die allerdings ist es bei weitem nicht so gut bestellt, wie behauptet.